

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 25. Oktober 1963

Nummer 43

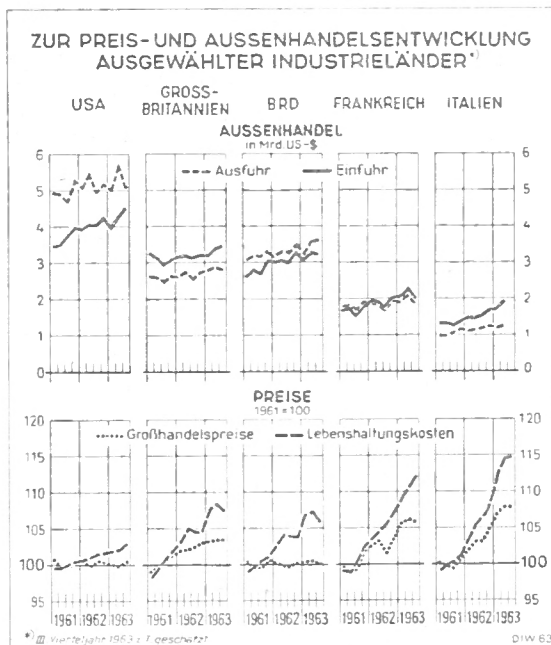
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Oktober 1963

### Die internationale Situation

Die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin in einer allgemeinen Expansion. In den Industrieländern wächst das Bruttosozialprodukt mit realen Fortschrittsraten zwischen 4 und 6 vH. Obwohl sich damit die Wirtschaft auf dem Wachstumspfad entwickelt, der langfristig von den meisten Ländern angestrebt wird, haben doch viele Länder wichtige wirtschaftspolitische Ziele noch nicht erreicht. In den Vereinigten Staaten ist nach wie vor das Beschäftigten- und das Zahlungsbilanzproblem ungelöst. Die westeuropäischen Volkswirtschaften sehen sich dagegen in erster Linie vor das Problem gestellt, bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wachstumstempos eine erneute Überbeanspruchung des Arbeitsmarktes zu verhindern.

In den Vereinigten Staaten gewährleistet die gegenwärtige Expansion zwar die Absorption der hinzuwachsenden Arbeitskräfte und die Realisierung möglicher Produktivitätsfortschritte, sie reicht jedoch nicht aus, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Die Konjunkturaussichten in den Vereinigten Staaten sind gut, jedoch ist kaum damit zu rechnen, daß sich die Expansion in den nächsten Monaten beschleunigen wird. Dürfte auch das Steuerenkungsprogramm der amerikanischen Regierung 1964 wirksam werden, so wird es doch teilweise nur die kontraktive Wirkung der Steuerprogression neutralisieren. Unter diesen Umständen hat die amerikanische Regierung wenig Spielraum für Maßnahmen zur Zahlungsbilanzbereinigung. Einer wirkungsvollen Heraufsetzung der langfristigen Zinssätze zur Verminderung des amerikanischen Kapitalexports stehen nach wie vor Konjunkturücksichten entgegen. Eine leichte Anhebung der kurzfristigen Zinssätze, wie sie um die Jahresmitte vorgenommen wurde, ist zwar konjunkturell weniger bedenklich, sie führt aber nur zur Eindämmung der Goldabflüsse aus den Vereinigten Staaten, kaum dagegen zur Beseitigung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits. Auf die künftige Zahlungsbilanzentwicklung der Vereinigten Staaten werden sich jedoch auch Verschiebungen in der internationalen Wettbewerbsstellung auswirken. Mit einer Verbesserung dieser Stellung kann gerechnet werden, solange sich der



überdurchschnittliche Preisauftrieb in einigen westeuropäischen Ländern fortsetzt. Eine Lösung des amerikanischen Zahlungsbilanzproblems kann davon allein in absehbarer Zeit allerdings nicht erhofft werden.

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten befindet sich Großbritannien gegenwärtig in der günstigen Lage, daß nicht nur das Sozialprodukt in befriedigendem Ausmaß wächst, sondern auch die Arbeitskräfte annähernd vollbeschäftigt sind und die Zahlungsbilanz keine Anspannung zeigt. Wenn trotzdem die gegenwärtige Entwicklung nicht völlig schattenfrei ist, so deswegen, weil die Investitionen am bisherigen Wachstum nicht beteiligt sind. Da jedoch die Investitionen von heute das Wachstumspotential von morgen bestimmen, beschwört ein Anhalten der Diskrepanz zwischen Investitions- und Sozialproduktentwicklung — wie in den vergangenen Jahren — die Gefahr einer Anspannung auf dem Arbeitsmarkt und von Außenwirtschaftsschwierigkeiten herauf.

Auch im kontinentalen Westeuropa hält sich das Sozialproduktwachstum allgemein im Rahmen von 4 bis 6 vH. In Frankreich und Italien sind mit ihm jedoch hohe Preis- und Importsteigerungen verbunden, die die Regierungen beider Länder zu restriktiven Eingriffen veranlaßt haben. Während sich in Frankreich die Restriktionspolitik vor allem auf direkte Preisbeeinflussung, Liquiditätsverknappung und Kürzung der öffentlichen Ausgaben erstreckt, liegt in Italien das Schwergewicht des nun eingeleiteten Stabilisierungsprogramms auf einer Dämpfung der privaten Verbrauchernachfrage, insbesondere über eine Verschärfung der Teilzahlungskreditbedingungen. Darüber hinaus versucht die italienische Regierung aber auch durch investitionsfördernde Maßnahmen, wie steuerliche Erleichterungen für nicht ausgeschüttete Gewinne und Abschreibungserleichterungen, den Angebotspielraum zu erhöhen und durch Exportanregungen, wie verbilligte Exportkredite und Umsatzsteuerrückvergütung, der beträchtlichen Verschlechterung der italienischen Außenhandelslage entgegenzuwirken.

Es muß jedoch bezweifelt werden, daß diese Maßnahmen in Frankreich und Italien die erwünschten Wirkungen haben werden. In Frankreich ist kaum zu erwarten, daß sich die Unternehmer streng an den Preisstopp halten werden. Insbesondere die Landwirtschaft dürfte sich einer Stabilisierung der Agrarpreise auf dem bisherigen Niveau widersetzen, und die übrigen Wirtschaftsgruppen haben bereits angekündigt, daß sie bei einer relativen Verschlechterung ihrer Einkommenslage den Preisstopp durchbrechen werden. Die Gewerkschaften haben für den gleichen Fall neue Lohnforderungen in Aussicht gestellt. In Italien dürften die den Konsum dämpfenden Maßnahmen in der näheren Zukunft die Wirkung der starken Lohnsteigerungen kaum derart abschwächen, daß mit einer raschen Preisberuhigung gerechnet werden könnte. Aber auch die investitionsfördernden Maßnahmen werden zunächst keine Abhilfe schaffen, da sie nur längerfristig wirksam werden können. Bei der Unsicherheit über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs dürften sie zudem nur einen Ausgleich für die nachlassende Investitionsneigung der Unternehmer schaffen.

#### Westdeutschland

In der westdeutschen Wirtschaft setzt sich immer stärker die Überzeugung durch, daß sich die Konjunktur im Verlaufe dieses Jahres stabilisiert hat und allmählich in eine Phase verstärkter Expansion einmündet. Mehr und mehr wird es allerdings auch zur Gewißheit, daß es sich dabei nur um eine vergleichsweise leichte Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums handeln wird, also keinesfalls um einen „Aufschwung“ etwa im Sinne des Investitionsbooms der Jahre 1959/60. Denn gegenwärtig fehlen nahezu alle Voraussetzungen für eine Expansionsphase, die eine solche Kennzeichnung verdienen würde.

Im Gegensatz zur damaligen Konjunktur, die durch eine sich sprunghaft beschleunigende Expansion der inländischen Bestelltätigkeit getragen worden war, ist die gegenwärtige konjunkturelle Phase durch einen sehr gedämpften Verlauf der Inlandsnachfrage gekennzeichnet. Während 1959

die Wirtschaftstätigkeit von einer durch Zinssenkungen geförderten Hochbaukonjunktur angeregt worden war, steht in diesem Jahr die Bauwirtschaft am Ende einer Nachfragehaushalt. Damaligen Zuwachsraten der Baugenehmigungen (in Werten) von 17 vH stehen jetzt Rückgänge von 7 vH gegenüber. Ähnlich stark sind die Unterschiede in der Industrie: Damals nahmen in allen Hauptbereichen die Auftragseingänge aus dem Inland um 20 bis 30 vH zu; in diesem Jahr ging die inländische Bestelltätigkeit noch lange zurück und zeigte erst in letzter Zeit geringe Ansätze zu einer Belebung. Aber auch im Bereich des privaten Verbrauchs unterscheidet sich die gegenwärtige Entwicklung erheblich von der damaligen: Während 1959 das Wachstum des privaten Verbrauchs fast genau so stark geblieben war wie 1958, hat sich die Zuwachsrate in den letzten einhalb Jahren ungefähr halbiert. Lediglich die öffentliche Hand verhielt sich in beiden Phasen insoweit ähnlich, als sie den Zuwachs ihrer Verbrauchsausgaben einschränkte.

Sowohl 1959 wie im bisherigen Verlauf dieses Jahres hat die westdeutsche Wirtschaft nennenswerte Impulse von der Außenwirtschaft empfangen. Während aber damals die stark wachsende Auslandsnachfrage neben eine beträchtlich expandierende Inlandsnachfrage getreten war und zusammen mit dieser zu einer kräftigen Anreicherung der Auftragsbestände geführt hatte, ist diesmal die Exportkonjunktur die einzige Begründung für den herrschenden Optimismus.

Selbst diese, das konjunkturelle Geschehen tragende Säule ist im Augenblick noch keineswegs so fundiert wie die damalige Expansion der Auslandsnachfrage. Denn diese beruhte auf einem internationalen Konjunkturaufschwung, der durch eine sehr lebhaftere Investitionstätigkeit gefördert wurde und deshalb erheblich kräftiger war als die gegenwärtige Belebung der internationalen Konjunktur. Gewiß haben in den letzten Monaten die Bestellungen bei der Exportwirtschaft außergewöhnlich stark zugenommen, wenn auch nicht ganz in dem 1959 erreichten Tempo. Auch die Ausfuhren sind in letzter Zeit wieder beachtlich gestiegen. Die Zunahme der Aufträge und der Ausfuhren kann jedoch nicht in vollem Umfange auf die konjunkturelle Entwicklung in den übrigen Ländern zurückgeführt werden. Sie ist zu einem großen Teil auch die Folge von Verschiebungen in den internationalen Wettbewerbspositionen. Sehen sich Frankreich und Italien seit geraumer Zeit einem besonders starken Anstieg der inländischen Kosten und Preise gegenüber, hat sich in Westdeutschland der Kostenauftrieb verringert und sich damit die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten verbessert. Dies hat zu einer überdurchschnittlichen Zunahme der westdeutschen Exporte in diese beiden Länder geführt: Während sich in den Monaten April bis August die gesamte Warenausfuhr gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 2,1 Mrd. DM oder 9,7 vH erhöhte, nahm die Ausfuhr in jene beiden Länder um 0,9 Mrd. D-Mark oder 23 vH zu. Von der gesamten Exportzunahme entfielen also 40 vH allein auf die zusätzlichen Ausfuhren nach Italien und Frankreich. Welche Bedeutung dies für die deutsche Ausfuhrentwicklung hat, geht auch daraus hervor, daß die Ausfuhr in alle übrigen Länder nur um 6,9 vH gestiegen ist, also um fast 3 Punkte weniger als die Gesamtausfuhr. Noch stärker schlugen sich

die veränderten Außenwirtschaftsbeziehungen zu Frankreich und Italien in der Entwicklung des Handelsbilanzsaldos nieder: Die Zunahme des Saldos gegenüber diesen Ländern entsprach fast völlig der Zunahme des gesamten Saldos.

Unter dem Aspekt der von der Außenwirtschaft ausgehenden Expansionseffekte mag die Frage nach den tieferen Ursachen dieser Effekte zunächst als irrelevant erscheinen. Es sollte aber nicht übersehen werden, daß ein Exportwachstum, das durch Kostensteigerungen in Partnerländern verursacht wird, eine weniger sichere Grundlage hat als eine Ausfuhrerxpansion, die auf einer echten konjunkturellen Belebung beruht. Denn kostenmäßig aus dem internationalen Rahmen fallende Länder neigen aus binnen- und außenwirtschaftlichen Gründen weit eher zu konjunktur- und damit importdämpfenden Maßnahmen als solche Volkswirtschaften, deren Importsteigerung mit einem realen Wachstum Hand in Hand geht.

Gleichwohl muß, wie bemerkt, bezweifelt werden, daß die bisher vorgesehenen Restriktionsmaßnahmen in Frankreich und Italien erfolgreich sein werden. Deshalb dürfte neben der günstigen Konjunktur des Auslands auch diese Ursache der deutschen Exportkonjunktur vorerst wirksam bleiben. Die inländischen Dämpfungstendenzen werden deshalb weiterhin ein erhebliches Gegengewicht haben, und somit werden die Hemmnisse, die einer befriedigenden Investitionsneigung entgegenstehen, weiter abgebaut: Die Ausnutzung der Kapazitäten wird — im Gegensatz zu den vergangenen Jahren — kaum noch abnehmen und auch die Selbstfinanzierungsquote, die lange Zeit rückläufig gewesen war, wird wieder steigen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die — vor allem in der etwas verbesserten Auftragslage beim Maschinenbau und der Elektroindustrie sichtbare — Tendenz zu einer leichten Erhöhung der Investitionsneigung bestehen bleiben wird.

Wird somit die zu erwartende konjunkturelle Belebung kaum die Züge eines boomartigen Aufschwungs aufweisen, so dürfte — anders als 1959 — die Wirtschaftspolitik diesmal keinen Anlaß zu irgendwelchen restriktiven Maßnahmen sehen. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch im kommenden Jahr der Lohn- und Preisauftrieb nachlassen. Lediglich die Deutsche Bundesbank hat vor nicht allzu langer Zeit auf die Notwendigkeit einer noch durchgreifenderen Entspannung hingewiesen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß auch diese Bedenken durch die künftige Entwicklung der Zahlungsbilanz in den Hintergrund gedrängt werden.

Die Produktionserhöhungen in anderen Gebieten nur geringfügig übertroffen wurde. Die Chromerzgewinnung blieb hinter ihrem Vorjahrsergebnis zurück, während sich bei den Metallen Nickel, Vanadium und Lithium überdurchschnittliche Zuwachsraten ergaben.

## Der Weltbergbau 1961

Der Bruttoproduktionswert des Weltbergbaus zu konstanten Einheitspreisen von 1956<sup>1)</sup> ist im Jahre 1961 gegenüber 1960<sup>2)</sup> um 2,4 Mrd. US-\$ oder 4,6 vH gestiegen und hat 54,5 Mrd. \$ erreicht. Die Wachstumsrate lag jedoch sowohl unter der des Jahres 1960 (8 vH) als auch unter der durchschnittlichen jährlichen Steigerung im Zeitraum 1950 bis 1960 (6 vH).

### Die Entwicklung bei den einzelnen Mineralien

An der Zunahme waren in erster Linie die Brennstoffe mit 77 vH beteiligt. Auf die Gruppe der Eisenerze und Stahlveredler entfielen 3 vH, auf die Buntmetalle 13 vH, die Edelmetalle 6 vH und die Salze ebenfalls 3 vH. Der Förderwert der übrigen Mineralien war rückläufig.

Der Anteil der einzelnen Gruppen am Gesamtbergbauwert hat sich jedoch gegenüber dem Vorjahr nicht geändert; nur innerhalb der Gruppen sind geringfügige Änderungen aufgetreten. Als Folge der überdurchschnittlichen Zuwachsrate der Erdölförderung (6,8 vH) stieg bei den Brennstoffen der Anteil von Erdöl weiterhin zu Lasten der Steinkohle.

Bei der Gruppe der Eisenerze und Stahlveredler verminderte sich der Anteil des Eisenerzes merklich, da der Förderrückgang in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Venezuela (von insgesamt etwa 25 Mill. t) durch

Obwohl die NE-Metalle, mit Ausnahme von Zinn, unter Preisdruck standen, lag die Fördersteigerung teilweise über dem Durchschnitt des Weltbergbaus (Kupfer + 5,7 vH; Bauxit + 7,4 vH).

In der Gruppe der Edelmetalle und Diamanten stieg die Förderung bei Gold um 6 vH und bei Diamanten um 11 vH, während die Silberproduktion um 3 vH abnahm und die von Platin stagnierte.

Bei den sonstigen Mineralien fällt insbesondere der weitere Rückgang der Uranerzproduktion um rund 10 vH auf. Hohe Zuwachsraten weisen eine Reihe von Mineralien auf, die allerdings jeweils nur einen geringen Anteil am Gesamtbergbauwert haben: insbesondere Asbest und Schwefel mit je 15 vH, Kaolin mit 43 vH, Bentonit mit 20 vH und Feldspat mit 27 vH.

Die USA stehen mit einem Anteil von knapp 25 vH am Bruttoproduktionswert bergbaulicher Produkte zwar weiterhin an der Spitze, jedoch verringert sich dieser Anteil fortlaufend. Einer Fördersteigerung von 6 Mill. t Erdöl, 70 000 t Kupfer und 15 Mrd. cbm Erdgas gegenüber 1960 standen Förderminderungen von 10 Mill. t Steinkohle und 18 Mill. t Eisenerz gegenüber. Dadurch erreichte die gesamte Bergbauförderung in den USA nur eine Zuwachsrate von 0,6 vH.

### Entwicklung in einzelnen Ländern

<sup>1)</sup> Vgl. Wochenbericht Nr. 24/1959, S. 95.  
<sup>2)</sup> Auf Grund neuerer Unterlagen wurden die im Wochenbericht Nr. 33/1962 ausgewiesenen Werte für 1960 geringfügig korrigiert.

Anteile einzelner Gruppen bergbaulicher Produkte in vH

	1913	1937	1950	1960	1961
Brennstoffe . . . . .	60	60	66	65	65
Eisenerze und Stahlveredler . . . . .	12	10	10	11	11
NE-Metalle . . . . .	15	17	14	12	12
Edelmetalle und Diamanten . . . . .	9	8	6	5	5
Salze . . . . .	2	2	2	2	2
Sonstige . . . . .	2	3	2	5	5

Die Bergbauförderung der Welt nach Produkten  
Berechnungen des DIW zu Preisen von 1956 1)

	1950	1960	1961	1950	1960	1961
	in Mill. \$			in vH		
Erdöl . . . . .	10 160	20 327	21 701	35,1	39,1	39,9
Steinkohle . . . . .	7 726	10 387	10 661	26,7	20,0	19,6
Braunkohle . . . . .	651	1 197	1 234	2,2	2,3	2,3
Erdgas . . . . .	647	1 768	1 929	2,2	3,4	3,5
Eisenerz . . . . .	1 915	3 929	3 944	6,6	7,6	7,2
Manganerz . . . . .	271	650	655	0,9	1,2	1,2
Chromerz . . . . .	111	207	195	0,4	0,4	0,4
Nickelerz . . . . .	209	461	510	0,7	0,9	0,9
Molybdänerz . . . . .	36	100	98	0,1	0,2	0,2
Vanadium . . . . .	8	17	21	0,0	0,0	0,0
Kobalterz . . . . .	34	87	84	0,1	0,2	0,2
Titan . . . . .	21	59	62	0,1	0,1	0,1
Lithium . . . . .	2	13	14	0,0	0,0	0,0
Wolframerz . . . . .	143	230	245	0,5	0,4	0,4
Antimon . . . . .	34	43	42	0,1	0,1	0,1
Wismut . . . . .	7	12	12	0,0	0,0	0,0
Kupfererz . . . . .	2 364	3 898	4 119	8,2	7,5	7,6
Bleierz . . . . .	578	803	835	2,0	1,5	1,5
Zinkerz . . . . .	654	985	1 018	2,3	1,9	1,9
Zinnerz . . . . .	395	419	426	1,4	0,8	0,8
Bauxit . . . . .	65	217	233	0,2	0,4	0,4
Gold . . . . .	1 144	1 575	1 670	3,8	3,0	3,1
Silber . . . . .	172	217	210	0,6	0,4	0,4
Platin . . . . .	54	108	108	0,2	0,2	0,2
Diamanten . . . . .	276	573	636	1,0	1,1	1,2
Kali . . . . .	205	379	398	0,7	0,7	0,7
Salz . . . . .	298	531	543	1,0	1,0	1,0
Phosphat, roh . . . . .	140	249	272	0,5	0,5	0,5
Salpeter . . . . .	48	28	34	0,2	0,1	0,1
Uranerz . . . . .	40	1 596	1 439	0,1	3,1	2,6
Asbest . . . . .	165	278	319	0,6	0,5	0,6
Schwefel, roh . . . . .	151	189	218	0,5	0,4	0,4
Flußspat . . . . .	39	93	99	0,1	0,2	0,2
Kaolin . . . . .	55	90	129	0,2	0,2	0,2
Schwefelkies . . . . .	63	74	77	0,2	0,1	0,1
Quecksilber . . . . .	38	66	62	0,1	0,1	0,1
Glimmer . . . . .	31	34	38	0,1	0,1	0,1
Schwefelspat . . . . .	16	30	29	0,1	0,1	0,1
Borat . . . . .	25	30	27	0,1	0,1	0,1
Magnesit . . . . .	12	26	31	0,0	0,1	0,1
Graphit . . . . .	10	24	24	0,0	0,0	0,0
Talk . . . . .	10	16	19	0,0	0,0	0,0
Bentonit . . . . .	13	15	18	0,1	0,0	0,0
Feldspat . . . . .	7	11	14	0,0	0,0	0,0
Alle Produkte . . . . .	29 043	52 041	54 452	100,0	100,0	100,0

1) Lt. „Einheitspreissystem“ (unter Zugrundelegung dervom Bureau of Mines, Washington, D.C., veröffentlichten Preisangaben).

Die Sowjetunion konnte ihren Anteil weitersteigern; die verhältnismäßig hohe Zuwachsrate von fast 10 vH war auf Produktionssteigerungen bei fast allen Mineralien zurückzuführen. Die Erdölgewinnung stieg um 18 Mill. t auf etwa 166 Mill. t, während die Förderung von Kohle um 7 Mill. t zunahm. Außerdem war eine Mehrförderung von 11 Mill. t Eisenerz, von 80 000 t Kupfer, von schätzungsweise 30 000 kg Gold und eine Steigerung der Erdgasgewinnung von 20 Mrd. cbm zu verzeichnen.

Auch China erhöhte seine bergbauliche Förderung beachtlich. Dabei soll die Förderung von Erdöl um 3,5 Mill. t, die von Kohle um 40 Mill. t und die von Erdgas um 4 Mrd. cbm gestiegen sein.

Venezuela hatte nur eine leichte Steigerung des Förderwertes zu verzeichnen, so daß sich der Anteil dieses Landes am Weltbergbau verminderte. Zwar nahm die Erdölförderung um 4 Mill. t zu, jedoch wurden 1961 wegen der verringerten Ausfuhr in die USA 5 Mill. t weniger Eisenerze als 1960 gefördert.

Die Bergbauförderung der Welt nach Ländern  
Berechnungen des DIW zu Preisen von 1956 1)

	1950	1960	1961	1950	1960	1961
	in Mill. \$			in vH		
Ver. St. v. Amerika	10 975	13 896	13 474	37,8	25,7	24,8
UdSSR . . . . .	2 953	8 261	9 070	10,2	15,9	16,7
China . . . . .	294	3 101	3 429	1,0	6,0	6,4
Venezuela . . . . .	1 529	3 053	3 086	5,3	5,9	5,7
Kanada . . . . .	1 019	2 439	2 413	3,5	4,7	4,4
Deutschland 2) . . . . .	1 391	1 942	1 985	4,8	3,7	3,7
Bundesrepublik 3) . . . . .	1 036	1 383	1 401	3,6	2,6	2,6
Sowjetzone . . . . .	355	559	584	1,2	1,1	1,1
Kuweit . . . . .	335	1 588	1 600	1,2	3,0	2,9
Rep. Südafrika . . . . .	714	1 499	1 586	2,5	2,9	2,9
Saudisch Arabien . . . . .	513	1 291	1 342	1,8	2,5	2,5
Großbritannien . . . . .	1 314	1 240	1 228	4,5	2,4	2,3
Iran . . . . .	628	1 014	1 151	2,2	1,9	2,1
Frankreich . . . . .	590	1 053	1 047	2,0	2,0	1,9
Irak . . . . .	129	917	950	0,4	1,8	1,7
Polen . . . . .	482	664	732	1,7	1,3	1,3
Mexiko . . . . .	496	648	657	1,7	1,2	1,2
Chile . . . . .	438	605	645	1,5	1,2	1,1
Australien . . . . .	351	600	585	1,2	1,1	1,1
Japan . . . . .	309	524	571	1,1	1,0	1,0
Nord-Rhodesien . . . . .	299	573	569	1,0	1,1	1,0
Indien . . . . .	303	487	536	1,0	0,9	1,0
Kongo (L.) . . . . .	376	527	511	1,3	1,0	0,9
Indonesien . . . . .	212	460	476	0,7	0,9	0,9
Peru . . . . .	140	415	418	0,5	0,8	0,8
Tschechoslowakei . . . . .	178	298	304	0,6	0,6	0,5
Rumänien . . . . .	126	300	304	0,4	0,6	0,5
Spanien . . . . .	163	229	250	0,6	0,4	0,5
Schweden . . . . .	148	224	248	0,5	0,4	0,5
Jugoslawien . . . . .	137	144	225	0,5	0,4	0,4
Italien . . . . .	95	210	225	0,3	0,4	0,4
Südwestafrika . . . . .	60	118	121	0,2	0,2	0,2
Österreich . . . . .	71	123	120	0,2	0,2	0,2
Belgien . . . . .	146	121	115	0,5	0,2	0,2
Süd-Rhodesien . . . . .	52	101	104	0,2	0,2	0,2
Türkei . . . . .	63	90	90	0,2	0,2	0,2
Sonstige . . . . .	2 014	3 736	4 285	6,9	7,2	7,9
Welt . . . . .	29 043	52 041	54 452	100,0	100,0	100,0

1) Lt. „Einheitspreissystem“ (unter Zugrundelegung dervom Bureau of Mines, Washington, D.C., veröffentlichten Preisangaben). —  
2) In den Grenzen des Deutschen Reichs vom 31. 12. 1937, ohne deutsche Ostgebiete (z. Z. unter fremder Verwaltung). —  
3) Einschl. Saar.

In Kanada ging die bergbauliche Produktion vor allem wegen der Förderminderungen bei Eisenerz (um 4 Mill. t) und Uranerz (um 26 000 t) leicht zurück.

Deutschland nimmt, als Ganzes betrachtet, unter den Bergbauländern weiterhin den sechsten Rang ein. Die Entwicklung war jedoch in beiden Teilen des Landes unterschiedlich. Während in der Bundesrepublik, die mit etwa 70 vH am Gesamtwert beteiligt ist, nur eine Zuwachs von 1,3 vH erreicht wurde — vornehmlich durch eine Steigerung der Erdölförderung um 0,7 Mill. t und der Salzgewinnung um 0,6 Mill. t —, betrug der Zuwachs in Mitteldeutschland infolge der um 17 Mill. t gesteigerten Braunkohlenförderung 4,5 vH.

Auch im Jahre 1961 blieb die Tendenz einer besonders kräftigen Steigerung der bergbaulichen Produktion in den Ländern des Mittleren Ostens und des Ostblocks erhalten. Der Anteil der industriell entwickelten Länder Nordamerikas und Westeuropas am Weltbergbau ist weiter gesunken. In den südamerikanischen und afrikanischen Entwicklungsländern konnte die bergbauliche Produktion im Berichtszeitraum nur vereinzelt erhöht werden.